



Jugendbeteiligung

Stellungnahme

Jürgen Hörstmann, Claudia Stöckl, Udo Wenzl

1. Einleitung

Partizipation, Mitbestimmung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugend- und Kommunalpolitik sind derzeit breit diskutierte Themen. In der Diskussion geht es darum, eine Auseinandersetzung über unterschiedliche Beteiligungsformen für junge Menschen zu ermöglichen. Große soziale Verbände und Interessensvertretungen veranstalten Kongresse und Tagungen, die sich mit dem Themenkomplex der Partizipation von jungen Menschen beschäftigen (z. B. der erste Kinder- und Jugendhilfetag in Baden-Württemberg mit dem Motto „Wir gestalten in Zukunft mit“) und Gremien der Jugendarbeit wie der Landesjugendring oder die Jugendreferenten/innen der Städte und Gemeinden haben Positionspapiere entwickelt, die derzeit an der Basis der Jugendarbeit diskutiert werden.

Mit dieser Stellungnahme zum Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung“ wendet sich die AG der Jugendreferenten/innen des Landkreistages Baden-Württemberg an Gemeinde- und Ortschaftsräte, an Bürgermeister/innen, an Kolleginnen und Kollegen und an die Kinder- und Jugendhilfeausschüsse der Landkreise, die in ihrem Kreis oder ihrer Kommune überlegen, Kinder- und Jugendbeteiligung zu unterstützen oder zu verwirklichen.

2. Gesellschaftlicher Hintergrund

Die Modernisierungsprozesse unserer Gesellschaft zeitigen ein besonderes Bild, was „die Jugend“ und das Lebensalter „Jugend“ angeht: Sie bringen unter anderem mit sich, dass die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen immer schneller vonstatten geht und sich Jugendphase und Erwachsenenleben mehr und mehr angleichen. Von Kindern und Jugendlichen wird viel eher erwartet, mit den Gegebenheiten der Gesellschaft, des Erwerbslebens, der Konsum- und Medienwelt zurechtzukommen, das heißt „erwachsen“ zu sein. Von daher liegt es nahe, Kindern und Jugendlichen schon viel eher auch dieselben Rechte zukommen zu lassen wie Erwachsenen. Hier drängen sich sofort Themen wie die Herabsetzung des Wahlalters und die Beteiligung Jugendlicher an politischen Entscheidungen auf.

Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche erkannt haben, dass sie sich durch die Politik der Erwachsenen kaum oder nicht vertreten fühlen. Unterstützung erhalten sie aber auch durch Erwachsene, wenn sie sagen: „Wir können eigentlich wenig mitreden. Das machen alles die Erwachsenen, die regeln alles so schnell, da können wir gar nicht mitentscheiden. Vielleicht kommt es daher, dass sich die Jugendlichen dann abseilen, wenn sie nichts zu sagen haben.“

So erscheint vielen Kindern und Jugendlichen Politik unattraktiv, wobei die Shell-Studie von 1997 eher von Politikerverdrossenheit als von Politikverdrossenheit spricht - sogar eher noch von Jugendverdrossenheit der Politiker. So nimmt es nicht Wunder, dass Kinder und Jugendliche sich uninteressiert an politischen Prozessen zeigen.

Eine weitere Beobachtung, die sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen zu treffen ist, ist die abnehmende Bereitschaft, sich kontinuierlich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.

In dieses Spannungsfeld begibt man sich, wendet man sich dem Thema Jugendbeteiligung zu.

3. Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte

Ein kurzer historischer Rückblick zeigt, dass es Initiativen zur Stärkung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Gesellschaft und Politik verstärkt seit dem Internationalen Jahr der Jugend (1985) gibt, das unter das Motto „Mitwirkung, Entwicklung, Frieden“ gestellt wurde. Hierzu wurde vom Europarat der Vereinten Nationen in einer Erklärung geschrieben, „dass alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Jugendlichen eine wirksame Partizipation am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen“.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen und Entscheidungen bedeutet, sie als eigenständige, denkende und ihre Welt gestaltende Subjekte zu sehen und nicht als unmündige Objekte politischer Interessen.

Die jugendpolitische Konzeption der baden-württembergischen Landesregierung griff dies auf (1995): „Nach Auffassung der Landesregierung ist es aus staats- und gesellschaftspolitischen Gründen wünschenswert, Jugendliche stärker in das kommunalpolitische Geschehen einzubeziehen. ... Die Landesregierung unterstützt die Arbeit von Jugendgemeinderäten, Jugendausschüssen und Jugendforen und damit die direkte Beteiligung Jugendlicher am politischen Leben.“

4. Formen von Beteiligung

a) Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

- Jugendhilfeausschuss
- Jugendzentren, Jugendverbände und Jugendringe auf Stadt-, Kreis-, Landes- und Bundesebene
- Kinder- und Jugendbüros, Kinder- und Jugendbeauftragte

... sind eher verwaltungsorientierte Formen, die zum Teil seit langem praktiziert werden beziehungsweise auch rechtlich verankert sind:

b) Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen

... ist das eigentlich Neue und damit zentraler Inhalt dieser Stellungnahme. Dabei lassen sich die unterschiedlichen Modelle drei Grundrichtungen zuordnen:

Offene Formen

- Kinder- und Jugendforen, Hearings, Zukunftswerkstätten
- Runde Tische mit Kindern und Jugendlichen
- Kinder und Jugendliche in bestehende Parlamente (Aktionen und Dialoge mit Politikern/innen, Anhörungen, Fragestunden)

... haben meist einen klaren Anlass, sind spontan und neu. Zu fragen ist jedoch, wie bei der Umsetzung der Ergebnisse Verbindlichkeit hergestellt und die Kontinuität der Beteiligung gesichert werden kann.

Parlamentarische Formen

- Kinder- und Jugendgemeinderäte

... lehnen sich an vorhandene Strukturen an; sie zeichnen sich aus durch Regelmäßigkeit und sind in der Regel nicht auf einen konkreten Anlass bezogen. Dies zeigt sich jedoch in der Praxis eher als Hemmschwelle. Parlamentarische Formen sprechen Jugendliche an, die sich gut ausdrücken können und oft bereits engagiert sind.

Projektbezogene Formen

- Direkte Beteiligung zum Beispiel bei Spielplatz- und Schulhofgestaltungen
- Ausstellungen, Zeitungs-, Video- und Radioprojekte

... entsprechen dem „Zeitgeist“, haben eine sehr geringe Hemmschwelle und ermöglichen eine hohe Identifikation mit dem Beteiligungsprozess.

5. Bewertungskriterien

In der Praxis bewährt haben sich die vom Kreisjugendring Ravensburg erarbeiteten Kriterien; sie sollten bei der Entwicklung eines jeweils eigenen Beteiligungsmodells als Grundlage genommen werden.

Dezentrale, kinder-/jugendaufsuchende Angebote:

Möglichst viele interessierte Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts sollen erreicht werden.

Kinder- und jugendgerechte Methode:

Das Angebot muss so sein, dass es dem Interesse an unkonventionellem Engagement entgegenkommt und den Jugendlichen Spaß macht, daran teilzunehmen.

Jugendgemäßes Arbeiten:

Die Art der Auseinandersetzung muss jugendgemäß, projektbezogen und vielfältig sein und muss Kinder und Jugendliche aus allen Schichten, unterschiedlicher Nationalitäten und schulischer Voraussetzungen ansprechen.

Jugendgemäße Zeitplanung:

Sowohl die Beteiligungsform selbst, als auch die Umsetzung des dort Erarbeiteten, beziehungsweise der getroffenen Entscheidungen, muss das jugendliche Zeitempfinden (so schnell wie möglich) berücksichtigen.

6. Jugendbeteiligung unter besonderer Berücksichtigung der Landkreisebene

Welche der dargestellten Formen in einer Stadt oder einer Gemeinde angewandt werden sollte, muss anhand der gegebenen Bedingungen vor Ort entschieden werden. Kommunen unterscheiden sich beispielsweise in Größe oder der Zahl der Teilorte. Unterschiedliche Sozialstrukturen erfordern unterschiedliche Herangehensweisen. Und schließlich sollten sich Initiativen an Vorhandenem orientieren, beispielsweise an Gruppen (z. B. Bürgerinitiativen), an Einrichtungen (wie z. B. Kinderbüros) oder auch an den handelnden Personen (Bürgermeister, Gemeinderäte/innen, Jugendreferenten/innen). In anderen Gemeinden entwickelte und bewährte Beteiligungsformen lassen sich nicht einfach übertragen: Was in A-Stadt gut funktioniert, kann in B-Gemeinde scheitern.

Deshalb ist eine konkrete Planung vor Ort notwendig, „die den besonderen kindlichen/jugendlichen und lokalpolitischen Bedingungen und Anforderungen entspricht“. Als grundsätzliche Voraussetzung einer gelingenden Beteiligung gilt, „dass der politische Wille der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung gegeben ist, Kinder und Jugendliche tatsächlich mitwirken lassen zu wollen und gemeinsam mit ihnen ein geeignetes Modell zu entwickeln. Bestehende Modelle können somit Ideenlieferanten sein und vor allem dabei helfen, Fehler zu vermeiden und die Erfahrungen anderer zu nutzen“ (M.C. Herrmann).

Kreisjugendreferenten/innen haben Multiplikatorenfunktion. Sie können in diesem Vorbereitungs- und Planungsprozess Bürgermeistern, Verwaltungen und Gremien Beratung und Hilfestellung geben, wenn der Beschluss gefasst ist, Jugendliche zu beteiligen.

Beteiligung auf Landkreisebene wird bisher kaum praktiziert. Hier kommt zur generellen Unübersichtlichkeit politischen Geschehens als Schwierigkeit die Unüberschaubarkeit und mangelnde Identifikation von Kindern und Jugendlichen mit einem abstrakten Gebilde wie dem Landkreis.

Erfahrungen mit Kreisjugendkonferenzen oder den regionalen Landesjugendkonferenzen zeigen jedoch, dass Beteiligung als offene oder als projektorientierte Form auch auf Kreisebene funktionieren kann. Auch hier ist es jedoch eher motivierend, wenn es einen konkreten Anlass gibt, Jugendliche zusammenzurufen, als wenn zuerst das Gremium gebildet wird und dann ein Anlass gesucht werden muss.

Die Jugendhilfeausschüsse der Landkreise als unverzichtbares Gremium und als Mitbestimmungsinstanz für Jugendliche schließlich haben (auch im Rahmen der Landkreisordnung) die Möglichkeit, Jugendliche als (beratende) Mitglieder zu berufen oder verstärkt als „Experten in eigener Sache“ zu hören.

7. Fazit

Für entscheidend hält es die Arbeitsgemeinschaft der Kreisjugendreferenten/innen, dass die kommunalen Gremien und Verwaltungen Kinder und Jugendlichen tatsächlich an sie betreffenden Entscheidungen teilhaben lassen wollen. Kinder und Jugendliche haben sehr sensible Antennen und reagieren entsprechend, wenn sie den Eindruck haben, dass sie benutzt oder getäuscht werden (sollen). Insofern kann ein Zugrundelegen der aufgeführten Kriterien nur empfohlen werden: Sie bieten zwar keine Garantie dafür, dass Jugendli-

che sich tatsächlich für politisches Engagement begeistern lassen, sind aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Klassische Politikverfahren sind oft zäh und - gerade für Kinder und Jugendliche - unübersichtlich. Neue Gedanken, neue Formen und neue Ideen, wie sie im Bereich der Beteiligung ausprobiert werden, können durchaus für die „erwachsene“ Politik Gewinn bringend sein. Und sogar „Spaß machen“, wie es ein (betroffener) Bürgermeister ausdrückte.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert weitere Initiativen zur Einrichtung von Beteiligungsmodellen auf örtlicher Ebene. Die Änderung der Gemeindeordnung im Hinblick auf Jugendbeteiligung wird als positives Signal für kommunale Jugendpolitik gesehen, allerdings fehlt dort die Verankerung von unterschiedlichen möglichen Formen von Beteiligung (Punkt 4). Das Ziel aller Bemühungen muss es sein, jugendliche Mitbestimmung nicht zur Farce werden zu lassen, keine bloße Spielwiese, sondern ein wirkliches Feld, um Demokratie zu lernen und Politik einzuüben.

Auf regionaler Ebene sehen sich Kreisjugendreferenten/innen als fachliche Beratungsinstanz für örtliche Beteiligungsprojekte und – in Abhängigkeit von den Voraussetzungen – als Initiatoren für kreisweite Modelle.

8. Quellen und weiterführende Literatur

AGJ Mitteilungen: Jugend will Zukunft - wir mischen uns ein! in: Forum Jugendhilfe 2/94

AGJF / Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg: Wie viel Beteiligung verträgt die Politik? - Partizipation Jugendlicher - nur eine Formsache, Fachtagung Weingarten, Dokumentation, Stuttgart, 1997

AGJF: Lebensweltorientierte Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stuttgart, 1998

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.): Am Wort - Kinder- und Jugendbeteiligungsmodelle, 8010 Graz (Österreich) , 1995

Arnold, T./Wüstendorfer, W.: Auf der Seite der Kinder - Kinderbeauftragte in Deutschland, ISS-Eigenverlag Frankfurt

BDKJ-Materialien: Jugend – Macht - Politik, Arbeitshilfe, ohne Datum

Blanke, Hedwig/Hovenga, Brigitte/Wawrziczny, Silvia (Hrsg.): Handbuch Kommunale Kinderpolitik, Votum Verlag Münster, 1993

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter: Positionspapier Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Kassel, 1998

Bundestagsdrucksache 11/6576 (8. Jugendbericht '90): Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe, Bonn, 1990

Deutscher Bundesjugendring: Zwischen Erlebnis und Partizipation, DBJR Schriftenreihe Nr. 24, 1994

Deutscher Bundesjugendring: Politik für und mit Kinder, DBJR 1/89

Deutscher Bundesjugendring: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stärker beteiligen! Trends – Positionen - Forderungen, Positionspapier des DBJR, September 1995

Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Parlament der Kinder, Deutsches Kinderhilfswerk, 1993

Deutscher Kinderschutzbund: Kinder, Konventionen, Kommissionen, Materialien zum Kinderschutzbund, Hannover, 1993

Gemeindetag Baden-Württemberg: Schwerpunktthema Jugendgemeinderat, Ausgabe 23/95, Stuttgart

Herrmann, Franz: Gelingende Partizipation als kollektiver Lernprozess, in: Jugendhilfeplanung als politischer Prozess, Luchterhand

Herrmann, M.-C.: Jugendgemeinderäte, in: Gegenwartskunde 12/1995

Herrmann, M.-C.: Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg - Eine interdisziplinäre Evaluation, Dissertation 1995 (erscheint im Frühjahr 1996 im Centarus Verlag)

Kreisjugendring Ravensburg: (In) Zukunft mitgestalten!?, Arbeitshilfe von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Umfeld, 1996

Landesjugendring Baden-Württemberg: Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Positionspapier des LJR Baden-Württemberg e.V., Stuttgart, 1996

Landesjugendring Baden-Württemberg: Leitfaden Partizipation - Viele Wege ein Ziel, Stuttgart, 1997

Landeswohlfahrtsverband Baden: Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungsprozessen in der Kommune, Voraussetzungen - Verfahren - Materialien, Eine Orientierungshilfe, Landesjugendamt, Karlsruhe, 1998

Landeskommission Baden-Württemberg für das internationale Jahr der Jugend: Das internationale Jahr der Jugend in Baden-Württemberg, Stuttgart, 1986

Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst (Hrsg.): Bericht über die Situation der Kinder in Baden-Württemberg, Stuttgart, 1995

Ministerium für Kultus und Sport (Hrsg.): Jugendpolitische Konzeption der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart, 1996

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Jugendwelten - Einstieg für Erwachsene, Stuttgart, 1998

Musteraktionen erfolgreicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Bürgermeister und Behördenchefs - Musteraktionen für die Jugend, WEKA-Verlag

Neels, Manuela u.a.: Kinder und Jugendliche als Experten gefragt, in: Jugendhilfe 6/1998

Schröder, Richard: Kinder reden mit, LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.), Beltz Verlag Weinheim und Basel, 1995

Stadt Braunschweig: Stell dir vor, du sagst deine Meinung und die richtigen Leute hören zu..., Braunschweiger Hefte/Jugendförderung, 1995

Stiftung Mitarbeit: Kinderpolitik - Kinderbeteiligung, Konzepte, Modelle, Materialien, Bonn 1993

Trede, Wolfgang: Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben! in: Jugendhilfe 6/1998

Verein für Friedenspädagogik e.V.: Mut zur Einmischung, Tübingen, 1995